

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Nachrichten

des Landesverbandes Oberösterreichs des Zentralverbandes der Landesorganisationen der Kriegsinvaliden u. Kriegerhinterbliebenen in Linz a. D.
Redaktion, Verwaltung u. Expedition: Linz, Promenade 11, Tel. Aut. 4103. Redaktionsschluss am 15. jeden Monats
Erscheint monatlich einmal. Für Nichtmitglieder 15 Groschen.

Nr. 1

Linz an der Donau, am 1. Jänner 1930.

8. Jahrgang.



Allen Funktionären und Mitgliedern
die besten Glückwünsche zum Jahreswechsel!
Der Verbandsvorstand.

Unsere Aktion.

Am 27. Oktober l. J. leitete unser Zentralverband den Kampf um die Verbesserung der Lage der Kriegsoffer ein, nachdem schon einige Wochen vorher der Regierung die Forderungen der Invalidenschaft überreicht wurden.

Das Versprechen des Bundeskanzlers Stresemann in seiner Antrittsrede im April dieses Jahres ging nicht in Erfüllung. Die Urlaubszeit, die Regierungskrise, der Kampf um die Verfassung machten es unmöglich, daß sich Regierung und Parlament mit den Forderungen beschäftigten hätten.

Die Kriegsoffer, die seit vielen Jahren in bitterem Stände leben, waren gezwungen, mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß ein längeres Zuwarten, eine weitere Verzögerung der Erfüllung ihrer Forderungen nicht mehr ertragen werden kann. Die stetig steigenden Preise, die Erhöhung der Mietzinsen, wirken katastrophal.

Um die ganze Bevölkerung Oesterreichs über die wirkliche „Versorgung“ der Kriegsoffer aufzuklären, sie dafür zu gewinnen, den Kampf zu unterstützen, fanden am 27. Oktober in ganz Oesterreich mächtige Versammlungen statt, zu denen die Vertreter aller politischen Parteien, die Abgeordneten des National- und Bundesrates, sowie des Landtages eingeladen wurden. Die Versammlungen zeigten einen massenhaften Besuch, wie wir bereits in der Nummer 11 unserer „Nachrichten“ berichteten.

Außerdem wandte sich der Verband an die Landesregierung und die politischen Parteien im Landtage, sowie an die Gemeinden in Oberösterreich mit dem Ersuchen, Beschlüsse des Inhaltes zu fassen, die Bundesregierung wolle die Forderungen der Invalidenschaft ehestens erfüllen.

Dem Wunsche der Organisation wurde von sehr vielen Gemeinden Rechnung getragen. Sie beschloßen im Gemeinderate, die Forderungen der Invalidenschaft zu unterstützen. Der Gemeinderat von Linz beschloß, den Städtebund zu beauftragen, ebenfalls eine Eingabe an die Bundesregierung zu richten, den Forderungen der Invalidenschaft voll und ganz Rechnung zu tragen.

Der oberösterreichische Landtag beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 5. Dezember l. J. ebenfalls mit der Frage.

Abg. Pfeneberger berichtete über den Antrag Doktor Max Mayr, Pfeneberger, Gruber, Wesenauer, Langoth, Dirnberger und Genossen, betreffend Verbesserung der Versorgung der österreichischen Kriegsoffer und beantragte:

In Anbetracht der Notwendigkeit, die schlechte wirtschaftliche Lage der österr. Kriegsoffer zu verbessern, insbesondere durch Erhöhung der Rentensätze des Invaliden-

Entschädigungs-Gesetzes die bestehende Notlage der Kriegsoffer zu beheben und durch Verlängerung und Reform des Invaliden-Einstellungs-Gesetzes den Kriegsoffern geeignete Arbeitsplätze zu beschaffen, richtet der Landtag von Oberösterreich an die Bundesregierung die dringende Aufforderung, ehestens dem Nationalrate geeignete Vorlagen zu unterbreiten, um den Kriegsoffern zu helfen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Von allen politischen Parteien, von der Öffentlichkeit wurden die Forderungen des Zentralverbandes als berechtigt anerkannt und unterstützt. In Oberösterreich waren es nur zwei Gemeinden, die eine Befürwortung ablehnten. Ob aus Feindschaft gegen die Invalidenschaft oder aus Unverständnis, aus falscher Auffassung, das wissen wir nicht.

Nur der Regierung scheint es nicht so selbstverständlich, daß den Invaliden, Witwen und Hinterbliebenen ehestens geholfen werden muß. Wohl sagte der Minister für soziale Verwaltung, daß er die Forderungen als berechtigt anerkenne und trachten werde, daß sie voll erfüllt werden.

Was war der Effekt?

Die Notstandsaushilfe zu Weihnachten wurde verdoppelt. Sie gelangt alljährlich zu Weihnachten zur Auszahlung. Nichts von all den anderen wichtigen Forderungen wurde erfüllt. Trotz der Zusage, die gewiß eine ehrliche war, des Ministers für soziale Verwaltung. Der Finanzminister heißt zwar nicht Kienböck, handelt jedoch wie dieser, sagt nein, und die Abstimmungsmaschine setzt sich in Tätigkeit. Alle Verbesserungsanträge, die im Ausschusse gestellt wurden, blieben in der Minderheit, wurden daher abgelehnt.

Am 29. November wurde die XI. Novelle, so wird die Notstandsaushilfe genannt, vom Nationalrate verabschiedet.

In der Debatte bemerkte Högl (Soziald.), daß die Kriegsbeschädigten mit ihren gewiß sehr bescheidenen und sehr berechtigten Forderungen und Wünschen abermals ins Hintertreffen geraten. Die österreichischen Kriegsoffer sind unter zehn europäischen Staaten die am schlechtesten gestellten, ihre Renten sind die niedrigsten. Mit Recht fordern die Kriegsbeschädigten, daß eine ausgiebige und wesentliche Erhöhung der Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Elternrenten eintreten muß und daß die Verhältnismäßigkeit der Teilrente zur Vollrente, wie sie im Stammgesetz vom Jahre 1919 enthalten gewesen ist, wiederhergestellt werde. Die Kriegsbeschädigten verlangen die Abschaffung des Ortsklassensystems und des Kürzungspara-